

Die drei E's der Zukunft

"Energi spueren - Energi notzen, Erneierbar Energien" - unter diesem Motto stellte das Klimabündnis Lëtzebuerg am Donnerstag seine Schwerpunkte für die Jahre 2001 und 2002 vor. Das Thema 'Energie' bleibt im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen eines der wichtigsten Handlungsfelder, so Klimabündnis Lëtzebuerg in einer Pressemitteilung. Nachdem die Initiative in den Jahren 1999/2000 das Schwerpunktthema 'Energiesparen' gewählt hatte, soll dieses Thema nun ausgeweitet und vertieft werden. Dabei werden die kommunalen Aktionen der mittlerweile 15 Klimabündnisgemeinden in einen globalen Zusammenhang gestellt. Dies ermöglicht eine direkte Verbindung zu den vorgeschlagenen Nord-Süd-Projekten. Konkret heißt das, dass in diesen Gemeinden nicht nur Energiespar-Aktionen oder "car free days" laufen. Es werden ebenfalls Projekte in Trikont-Staaten wie etwa Ecuador, Indien oder Togo unterstützt. Zu diesen Projekten werden Dia-Vorträge und andere Informationsveranstaltungen sowie Bildungsreisen stattfinden.

Dazu bietet Klimabündnis Lëtzebuerg unter anderem für die Gemeinden mit eigenen Stadtwerken Seminare zum Energiemanagement und eine Weiterbildung für Gemeindetechniker rund ums Energiesparen an.

Rund um Krieg und Frieden

Die Arbeitsgemeinschaft Frieden e. V. aus Trier bietet rund um den bevorstehenden Jahrestag des Beginns des Kosovo-Krieges eine ganze Reihe von Veranstaltungen an. Am Mittwoch, dem 14. März, wird Tobias Pflüger von der "Informationsstelle Militarisierung Tübingen" zum Thema "Neue Nato, Neue Bundeswehr, Neue Kriege?" referieren (20 Uhr, Friedens- und Umweltzentrum, Pfützenstr. 1 in Trier). Im Rahmen der Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen" findet am Mittwoch, den 28. März, um 15.30 Uhr eine Informationsveranstaltung zur Ausstellung "Kleine Waffen - große Wirkung" statt (Veranstaltungsort stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest, Infos unter Tel.: 0049 651 9941016). Die Ausstellung wird ab 29. April in der Basilika in Trier gezeigt. Unter dem Titel "Gemeinsam in den Abgrund?" wird am 29. März der Experte für Friedenspädagogik aus Tübingen, Uli Jäger, über Friedenspädagogik und Alltagskonflikte referieren (20 Uhr, Friedens- und Umweltzentrum Trier).

Rententisch: kein Firlefanz

Die Grünen sind nicht gewillt, "an einem Firlefanz zu partizipieren", das stellte Giancarlo di Toffoli, Sprecher von Déi Gréng, auf einer Pressekonferenz zum Thema Rententisch am vergangenen Dienstag fest. Sieben Punkte will die Partei in den Mittelpunkt der Rentengespräche stellen. Dazu gehört u.a. eine langfristige Individualisierung der Rentenansprüche insbesondere von Frauen, um diesen auch im Alter eine finanzielle Unabhängigkeit von Männern zu garantieren. Auf die Frauen setzen Déi Gréng auch, wenn es darum geht, die Renten längerfristig zu sichern. Statt einer einseitigen Ausrichtung des Rentensystems auf GrenzpendlerInnen soll eine verstärkte Frauenerwerbstätigkeit für eine breitere Finanzierungsbasis sorgen. Überdies befürworten die Grünen - wie übrigens auch déi Lénk - eine Wertschöpfungsabgabe. Diese richtet sich insbesondere an kapitalintensive Firmen, die mit Maschinen statt mit menschlicher Arbeitskraft den Großteil ihrer Gewinne erzielen. Sie sollen über diese Abgabe ebenfalls einen Beitrag für eine "auch in Zukunft gesicherte Sozialversicherung" leisten. Eine grundlegende Diskussion über Finanzierungsalternativen halten die Grünen deshalb für notwendig, "weil wir sonst riskieren, den langen Bremsweg zu verschlafen".

GEWALT

Täter statt Opfer bestrafen

Die parlamentarische Chancengleichheitskommission fordert zum 8. März ein Wegweisungsgesetz, mit dem gewalttätige Ehemänner aus der gemeinsamen Wohnung gewiesen werden können.

(rw) - Eine Fleißarbeit kann die parlamentarische Chancengleichheitskommission in diesem Jahr vorweisen. Der Bericht zur diesjährigen Frauendebatte füllt 65 Seiten und resümiert fünf Unterredungen mit ExpertInnen sowie acht schriftliche Stellungnahmen von Nicht-Regierungs-Organisationen. Etwas schockiert mussten die Abgeordneten dabei zur Kenntnis nehmen, dass das Luxemburger Recht zum Thema häusliche Gewalt vorsintflutlich ist. So wird zum Beispiel Vergewaltigung innerhalb einer Lebensgemeinschaft nicht explizit behandelt. Artikel 413 des "Code pénal" ist dagegen in einem anderen Punkt schon sehr spezifisch: "Le meurtre, les blessures et les coups sont excusables lorsque le crime ou le délit est commis par l'un des époux, sur l'autre époux et son complice, à l'instant où il les surprend en flagrant délit d'adultère."

Über die Tatsache hinaus, dass das Strafgesetzbuch in solchen Punkten dringend reform-

bedürftig ist, weist die Kommission aber auch darauf hin, dass in Sachen Gewalt in der Partnerschaft das Opfer wenig Schutz genießt. Dass im Ernstfall meist die geschlagene Frau mitsamt Kindern die gemeinsame Wohnung verlassen muss, während der gewalttätige Partner bleiben darf, stößt den Abgeordneten besonders bitter auf. Das bedeutet im konkreten Fall die Suche nach einer Notunterkunft, dann nach einer neuen Wohnung und gegebenenfalls die entsprechende Versetzung der Kinder in eine andere Schule. Ein Wegweisungsgesetz, wie es in Österreich schon seit 1997 funktioniert und in Deutschland diskutiert wird, soll her.

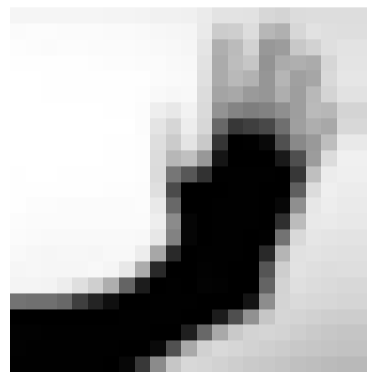
Ordnungskräfte müssen aktiver werden

Allerdings scheint es hier noch einige Barrieren zu geben: Das Frauenministerium arbeitet zwar an einem Gesetzesvorschlag, bei einer Unterredung mit der Kommission äußerten VertreterInnen der Staatsanwaltschaft jedoch Skepsis. Das österreichische Modell sei ein verwaltungsrechtliches und als solches nicht auf die Luxemburger strafrechtliche Gesetzgebung übertragbar.

Auch Menschenrechtsfragen werden bei der Entfernung des Täters aufgeworfen. Die parlamentarische Kommission weist

jedoch auf das Polizeigesetz hin, das den Ordnungskräften auch die Aufgabe zuschreibt, zur Verhütung von Straftaten und zum Schutz von Personen und Gütern einzuschreiten. So können zum Beispiel aggressive Betrunkene bis zu zwölf Stunden eingesperrt werden. Ein Wegweisungsgesetz würde in diesem Bereich für ein effizienteres Rechtsinstrumentarium sorgen - und daneben auch deutlich machen, dass häusliche Gewalt nicht toleriert wird.

Bemängelt wurde in diesem Kontext, dass die Haltung der Polizeikräfte bei Gewalt in der Partnerschaft oft nicht klar ist. Im Unterschied zu anderen Straftaten wird den Opfern häufig vorgeschlagen, sich doch noch einmal zu überlegen, ob sie wirklich Klage einreichen wollen. Dies geschieht, weil tatsächlich viele Frauen ihre Klagen später zurückziehen, um dem Partner nicht zu schaden. Oft wird auch zu spät darauf hingewiesen, dass ein medizinisches Gutachten unmittelbar nach der Tat einzuziehen ist. Hilfesuchende Frauen gewinnen so das Gefühl, dass hier keine wirkliche Unterstützung zu erwarten ist. Jüngere Polizeikräfte scheinen jedoch stärker dafür sensibilisiert zu sein, dass häusliche Gewalt kein Kavaliersdelikt ist. Ob das Parlament dies auch so sieht, wird die Debatte am Dienstag zeigen.

**SECURITE ALIMENTAIRE**

ESBroufe et malbouffe

Crise alimentaire dans toute l'Europe. Sauf sur l'île de Robinson: Luxembourg. Auto-démantèlement d'un mythe.

(roga) - Traçabilité parfaite, aucun cas d'ESB (sauf un), petite production d'entreprises familiales, systèmes de prévention et de contrôle performants: Luxembourg felix! Le fléau de la peste alimentaire ravage l'Europe, seule l'Arche des ardennais crédules émergent des vaches folles et porcs pestiférés. Le label "marque nationale" garantit une sécurité parfaite, sur les jambons cuits comme sur les vins "naturels" de la Moselle.

Made in Luciféribourg

Pour éviter que l'opinion publique luxembourgeoise ne sombre dans une "Ebréité Spongiforme Béate" devant le discours sécurisant officiel, le député vert Camille Gira avait suggéré un hearing public à la Chambre des député-e-s sur l'état des choses en matière de sécurité alimentaire en ce pays de cocagne. A cette occasion, on a pu noter l'émergence soudaine d'un document fort intéressant englouti depuis l'été 2000 dans les tiroirs des mi-

nistères de l'agriculture, respectivement de la santé. Dans le "rapport sur le système de contrôle alimentaire du Grand-Duché de Luxembourg", les différents acteurs responsables du contrôle alimentaire, répartis dans diverses institutions sous tutelle de ministères différents, font un bilan plutôt mitigé sur les capacités de nos autorités à garantir une surveillance sans faille et une intervention rapide en cas de catastrophes.

En lisant des phrases comme "... l'Administration des Services Vétérinaires manque de personnel pour assurer un suivi correct et conséquent de ces diverses activités dans la perspective d'une amélioration de la sécurité alimentaire" ou "on peut regretter qu'une coordination effective et efficace entre les administrations compétentes en matière de sécurité alimentaire au niveau de la production agricole n'ait pas encore été mis en place", des doutes apparaissent.

Si l'on apprend en outre que les laboratoires compétents manquent toujours d'un agrément officiel, qu'une inspection centrale est demandée d'urgence et que par exemple l'analyse de la présence d'organismes génétiquement modifiés n'est toujours pas possible au Luxembourg, l'on est en droit de s'interroger sur la responsabilité très limitée de nos autorités en la matière.

Hélas, même une amélioration sensible du contrôle alimentaire ne peut remédier au mal profond de notre agriculture. En effet, les cas isolés de l'ESB ou de la fièvre aphteuse risquent de détourner l'attention de l'opinion publique des véritables problèmes. Sans être des industriels de l'agriculture, l'écrasante majorité des exploitants luxembourgeois basent leur production sur un dispositif onéreux et sophistiqué de munitions chimiques. Il n'y a qu'à visiter les magasins d'achat coopératif, véritables dépôts d'armes chimiques, pour mesurer l'envergure de l'arsenal synthétique en usage sur les champs de bataille agricoles.

Parcequ'il constitue une menace bien plus immédiate que l'ESB, l'arsenal chimique doit être une cible de prédilection dans le cadre d'une amélioration de la sécurité alimentaire. Jusque-là on n'a que très peu entendu sur un éventuel objectif de dix pour cent d'agriculture biologique au Luxembourg. Mercredi prochain, différentes associations sont invitées par les mouvements de l'agriculture biologique à adhérer à une plateforme du genre "Aktionsbündnis Ökologischer Landbau". Il faut d'urgence profiter de la profonde crise de confiance et passer outre les propos anesthésiants de l'administration Boden pour enfin ouvrir une voie plus efficace vers une chaîne alimentaire véritablement sécurisée.

(*) *ESBroufe: mutation génétique du mot esbroufe (en français: bluff)*

